

MDL-NEWSLETTER

4/2023

BERND KRÜCKEL MDL

Heinsberg, Geilenkirchen,
Übach-Palenberg, Gangelt,
Selkant, Waldfeucht

THOMAS SCHNELLE MDL

Erkelenz, Hückelhoven,
Wassenberg und Wegberg



Viele Grüße aus Düsseldorf

Warum der Landtag NRW baulich vergrößert wird,
lesen Sie in einer der nächsten Ausgaben des Newsletters.

NICHT MIT UNS

Straffreiheit bei Unfallflucht mit reinem Sachschaden?

Bundesjustizminister Marco Buschmann schlägt laut Medienberichten vor, den Paragrafen zur Unfallflucht bei Sachbeschädigung aus dem Strafgesetzbuch zu streichen. Dazu erklären die stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktionen Julia Höller (GRÜNE) und Gregor Golland (CDU):

Julia Höller: „Für Straffreiheit von Unfallflucht bei Sachschäden zu sorgen, ist ein völlig falsches Signal des Bundesjustizministers. Unfallflucht ist kein Kavaliersdelikt – auch nicht bei Sachschäden. Minister Buschmann scheint es offenbar egal zu sein, wenn Personen auf hohen Kosten sitzen bleiben. Zudem würde die Beweissicherung erschwert, was gerade bei Trunkenheitsfahrten fatal wäre. Das Strafgesetzbuch übersichtli-



cher zu gestalten, ist kein schlechter Ansatz. Es liegt näher, das Fahren ohne Fahrschein im ÖPNV als Ordnungswidrigkeit einzustufen, was zu einer Entlastung der Justiz führen würde.“

Gregor Golland: „Unfallflucht ohne Personenschaden zu einer Ordnungswidrigkeit herabzusetzen, geht völlig an der Lebenswirklichkeit vorbei, stört massiv das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen und ist schlicht unverantwortlich. Das Signal in die Gesellschaft ist moralisch fatal. Es würde Rücksichtslosigkeit und Ag-



gression im Straßenverkehr weiterverstärken. Ich kann nur vermuten, dass FDP-Minister Buschmann lange Zeit nicht mehr selbst hinter dem Steuer saß. Er rüttelt mit seinem Vorstoß an einem zentralen Pfeiler des Strafrechts und damit unserer Rechtsordnung. Mit der Entkriminalisierung von Straftatbeständen wird das Sicherheitsempfinden der Gesellschaft empfindlich verletzt. Was ist die nächste rote Linie, die Buschmann überschreiten will? Trunkenheit am Steuer zur Bagatelle machen? Von uns gibt es dafür die Rote Karte!“ ■



Bernd Krüchel MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 64
F: 0211 884 33 19

E: bernd.krueckel@landtag.nrw.de
W: bernd-krueckel.nrw



Thomas Schnelle MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
T: 0211 884 27 80
F: 0211 884 33 20

E: thomas.schnelle@landtag.nrw.de
W: thomas-schnelle.nrw

Impressum

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der 23. Ausgabe unseres Newsletters. Sie können diesen Newsletter direkt per E-Mail abonnieren. Gehen Sie dazu auf www.thomas-schnelle.nrw unter > Service > Newsletter. Dort geben Sie eine gültige E-Mailadresse und den angezeigten Code gegen Spam ein und bestätigen einmalig das Abo in der erhaltenen E-Mail. Ab sofort erhalten Sie den jeweils aktuellen Newsletter automatisch nach Erscheinen zugemailt.

NRW VOR 80 JAHREN

Erinnerung an den Widerstand im Warschauer Getto

Foto rechts: Christiane Lang

Foto unten: Tobias Koch

Der Aufstand im Warschauer Getto ist ein Symbol für den unbeugsamen Willen zu überleben und darf niemals in Vergessenheit geraten. 80 Jahre danach ehrt der Landtag von Nordrhein-Westfalen den Mut dieser Menschen, die im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime ihr Leben verloren haben.

tungspolitik des Nationalsozialismus zerstört wurde. 80 Jahre nach dem Aufstand im Warschauer Getto gilt es, das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus unverändert wachzuhalten und das



Im Warschauer Getto lebten bis zu einer halben Million Menschen auf engstem Raum unter katastrophalen, menschenunwürdigen Bedingungen. Der Widerstand dieser Menschen hat gezeigt, dass auch in der größten Dunkelheit Mut und Tapferkeit Bestand haben können. Die Erinnerung an die Opfer des Warschauer Gettos mahnt uns heute noch, Widerstand gegen Unrecht und Unterdrückung zu leisten und zu unterstützen. Dafür tragen wir gemeinsam Verantwortung.

Nordrhein-Westfalen hält mit verschiedenen Institutionen, Organisationen und Gedenkstätten die Erinnerung an die NS-Verbrechen wach. Die Aktion „Gelbe Narzisse“ steht als Symbol für die Menschen, die im Warschauer Getto gelebt und gekämpft haben. Durch die Verbreitung der gelben Narzisse können Menschen auf der ganzen Welt das Andenken an die Opfer wachhalten. ■



Jüdisches Leben und jüdische Kultur gehören fest zu Nordrhein-Westfalen. In Europa darf kein Platz für Antisemitismus sein. Deshalb ist gerade die Erinnerung an den Aufstand im Warschauer Getto so wichtig. Vor dem Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf Polen machten Jüdinnen und Juden ein Drittel der Bevölkerung in Warschau aus. Warschau war ein wichtiges kulturelles Zentrum jüdischen Lebens in Europa, das durch die Vernich-

Bewusstsein für die schrecklichen Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes zu wahren.

Es ist von großer Bedeutung, auch das Andenken an den Widerstand der mutigen jüdischen Kämpferinnen und Kämpfer im Bewusstsein der Menschen zu verankern, um sicherzustellen, dass Geschichte nicht in Vergessenheit gerät.

KINDERSCHUTZ

Eine unabhängige Beauftragte für Kinderschutz und Kinderrechte

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche sowie Fälle von Kindeswohlgefährdung sind in Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren vermehrt aufgetreten und haben den Kinderschutz in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Um diesen zu stärken, haben wir uns in der vergangenen Legislaturperiode in der Kinderschutzkommission, in der auch Thomas Schnelle Mitglied war, intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Eines der Ergebnisse der noch immer laufenden Kommission war die Verabschiedung des ersten und bundesweit stärksten Landeskinderschutzgesetzes durch die demokratischen Fraktionen im Landtag. Auf Grundlage dieses Gesetzes soll nun geprüft werden, ob ein unabhängiger Beauftragter für Kinderschutz und Kinderrechte für Nordrhein-Westfalen eingerichtet werden kann.

Die Einrichtung einer solchen Stelle würde nicht nur eine gesamtgesellschaftliche Sensibilisierung für die Themen Kinderschutz und Kinderrechte fördern, sondern auch die Aufarbeitung, Prävention und Intervention von Kindeswohlgefährdung nachhaltig unterstützen. Der oder die Beauftragte könnte Kinderschutz und Kinderrechte betreffende Themen in die öffentliche Diskussion bringen, weiter-



Foto: CDU Deutschland

entwickeln und Impulse setzen. Neben der bereits vorhandenen Opferschutzbeauftragten Nordrhein-Westfalen und weiteren Strukturen im Kinderschutz würde die Einrichtung dieser Stelle das Kinderschutzsystem im Sinne einer Stärkung des Kinderschutzes und einer besseren Umsetzung der Kinderrechte in Nordrhein-Westfalen bereichern.

Mit der Einrichtung einer Landesfachstelle für Prävention sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche hat das Bundesland überdies zunächst eine Anlaufstelle für Fachkräfte und Personal bei Fragen zum Thema geschaffen.

Die Einrichtung einer weiteren Stelle für Kinderschutz und Kinderrechte würde indessen dazu beitragen, dass diese Strukturen sinnvoll in das bestehende System integriert werden, um Doppelstrukturen zu vermeiden und dem vordringlichen Auftrag gerecht zu werden, den Kinderschutz und die Wahrnehmung der Kinderrechte zu verbessern.

Ein unabhängiger Beauftragter könnte dabei auch dafür sorgen, dass bisherige Defizite im Kinderschutz aufgedeckt und behoben werden. So könnten z. B. Berichte über Mängel in der Kinder- und Jugendhilfe oder in den >>

Jugendämtern aufgenommen und Maßnahmen zur Verbesserung eingeleitet werden. Zudem könnte die Stelle als zentrale Anlaufstelle für Anliegen von Kindern und Jugendlichen dienen und diesen eine Stimme geben.

Des Weiteren könnte ein solcher Beauftragter eine wichtige Rolle bei der Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit über die Bedeutung des Kinderschutzes

spielen. Die Stelle könnte z. B. Informationskampagnen durchführen oder öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisieren, um das Bewusstsein für das Thema zu stärken.

Ein unabhängiger Beauftragter für Kinderschutz und Kinderrechte würde dazu beitragen, den Schutz von Kindern und Jugendlichen in unserem Land zu verbessern und sicherzustellen, dass ihre Rechte

gewahrt werden. Eine solche Stelle würde ein starkes Signal senden, dass der Schutz von Kindern und Jugendlichen eine hohe Priorität hat und ernst genommen wird. Wir werden uns, wie die CDU-Fraktion im Landtag, für diese Stärkung des Kinderschutzes einsetzen und mit unserer Stimme dafür Sorge tragen, dass die Landesregierung eine solche Stelle einrichtet. ■

EINSAME GESELLSCHAFT

Einsamkeit bekämpfen - Ehrenamt stärken

Einsamkeit ist eine wachsende Herausforderung in unserer Gesellschaft und betrifft Menschen aller Altersgruppen. Besonders während der Pandemie hat die Zahl der Menschen, die unter chronischer Einsamkeit leiden, zugenommen. Dabei sind insbesondere vulnerable Gruppen wie Menschen mit Behinderung, Menschen mit direktem Migrationshintergrund und Personen mit niedrigem Einkommen betroffen. Einsamkeit kann viele Faktoren haben und signifikante Auswirkungen auf die körperliche und psychische Gesundheit haben und daher enorme Kosten für unsere Gesellschaft verursachen.

In der vergangenen Legislaturperiode hat der Landtag eine Kommission einberufen, um sich dem Thema auf wissenschaftlicher Ebene zu nähern und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Einige Ergebnisse der Kommission waren diskursiv und werden unser politisches Handeln dahingehend beeinflussen. Beispielsweise ist Einsam-

keit bisher weniger ein Problem von Personen im hohen Alter, als man zunächst denken würde. >>

Foto: Christiane Lang



Junge Menschen haben in Deutschland ein ähnliches Risiko, von Einsamkeit betroffen zu sein. Das ausschlaggebendste Einsamkeitsrisiko ist in der Tat ein niedriges Einkommen oder Armut, die dazu führt, dass eine Teilhabe am sozialen Miteinander nur sehr eingeschränkt möglich ist.

Die Fraktionen von CDU und Grünen haben sich nun zusammengesetzt, um mit einem Antrag ein erstes Maßnahmenpaket in den Landtag einzubringen, das Einsamkeit bekämpft und das Ehrenamt stärkt. Dieses Anliegen soll nicht nur Betroffenen helfen, sondern auch das Bewusstsein für das Problem der

Einsamkeit in der Gesellschaft schärfen.

Mit unserem Antrag werden einige politisch niedrigschwellige Maßnahmen in Gang gebracht, die sich der Einsamkeitsbekämpfung direkt und unkompliziert annehmen. Das Ehrenamt spielt dabei eine wichtige Rolle, denn bereits jetzt engagieren sich viele Menschen ehrenamtlich gegen Einsamkeit – und auf der anderen Seite schützt ehrenamtliches Engagement davor, selbst einsam zu werden. Wir werden somit für das etablierte Förderprogramm „2.000 x 1.000“ für das Jahr 2024 das Schwerpunktthema Einsamkeit setzen und so zeitnah

kleine Projekte vor Ort gegen Einsamkeit fördern. Der ehrenamtliche Einsatz zur Bekämpfung von Einsamkeit soll von der Landesregierung aber auch darüber hinaus gestärkt werden und den Ehrenamtlichen konkrete Unterstützung zukommen.

Mit unserem Antrag beauftragen wir die Landesregierung überdies, eine umfassende Strategie zur Einsamkeitsbekämpfung zu erarbeiten, einen konkreten Aktionsplan gegen Einsamkeit zu erstellen und eine Einsamkeitskonferenz mit den Beteiligten und Betroffenen einzuberufen.

Auf Basis der Ergebnisse der Einsamkeitskommission wollen wir dieses gesamtgesellschaftliche Thema somit auf breiter Front angehen. Insgesamt geht es darum, allen Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen. Die Politik muss dabei Verantwortung übernehmen und Maßnahmen ergreifen, um Einsamkeit zu bekämpfen. Die Zukunftskoalition von CDU und GRÜNEN sieht Einsamkeit als ein Querschnittsthema an, das viele Gesellschaftsschichten betrifft.

Insgesamt geht es darum, die Menschen zu ermutigen, sich aktiv für den Zusammenhalt in der Gesellschaft einzusetzen und sich füreinander zu engagieren. Durch eine breitgefächerte politische Unterstützung und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, können wir dazu beitragen, dass sich alle Menschen in unserer Gesellschaft verbunden und weniger einsam fühlen. ■

